FDP-Fraktion	Drucksache Nr. A/15/2429-01	Termin 19.11.2012	Rat der Stadt
Antragsvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
19.11.2012	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Drucksache B/15/2328-01:
Schulorganisatorische Maßnahmen an der Albert-Schweitzer-Schule, der Hauptschule Alstaden und der Hauptschule St. Michael

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt beschließt die jahrgangsweise Auflösung von zwei der genannten drei Hauptschulen. Perspektivisch ist die Umwandlung der verbleibenden Hauptschule in eine Sekundarschule zu prüfen, um erweiterte Förderungsmöglichkeiten zu eröffnen, ohne dass hierfür eine andere Schule geschlossen werden müsste.

Vorsitzender
FDP-Fraktion

Runkler
16.11.12

FDP-Fraktion	Drucksache Nr. A/15/2429-01	Termin 19.11.2012	Rat der Stadt

Begründung

Die augenblicklichen Anmeldezahlen erlauben den Start in Klasse 5 an einer Hauptschule. Somit ist es möglich, dem Elternwillen nach einer Beschulung ihrer Kinder in einer Hauptschule nachzukommen.
Um den Schulweg für alle Hauptschüler zumutbar zu gestalten, böte sich aus geografischen Gründen die Hauptschule St. Michael an.
Der demografische Wandel lässt sinkende Anmeldezahlen erwarten. Diesem Trend entgegen steht die Öffnung der Regelschulen für Kinder mit besonderem Förderbedarf (Inklusion) und die steigende Zahl von Kindern von Zuwanderern und Asylbewerbern (int. Vorbereitungsklassen). Ein weiterer Betrieb der Hauptschule in den nächsten Jahren erscheint dadurch, auch mehrzügig, gesichert.
Gerade im Bereich der Inklusion werden räumliche Anpassungen, Um- und Anbauten für Differenzierungsräume, Sanitätsräume und Therapieräume nötig werden. Es entsteht ein erheblicher Platzbedarf, der einen höher zügigen Betrieb nahezu ausschließt. Ein eher klein dimensionierter Bildungsort kommt auch den Schülerinnen und Schülern zugute, die auf Gesamtschulen nicht zurechtkommen, Orientierungsprobleme haben oder sich in der Masse verlieren. Die zurückgeschulten Schülerinnen und Schüler haben in einer kleingliedrigen Hauptschule eher die Möglichkeit, aufgefangen zu werden und ihr Potential zu entfalten.
Die Angebote und Projekte zur Berufsorientierung und Berufsvorbereitung an Hauptschulen kann nicht zur Gänze an andere Schulformen übertragen werden, ein Großteil der guten Arbeit ginge verloren. Zudem kommt die Schwierigkeit, dass die Projekte und Modelle der Berufsvorbereitung an den Gesamtschulen und Realschulen konzeptionell nicht nahtlos mit der Arbeit an Hauptschulen zu verbinden sind. Die Hauptschulen arbeiten schwerpunktmäßig praktisch und praxisorientiert, und bilden damit zu der theoretischen, und zunehmend „verkopften“ schulischen Ausbildung genau den Gegensatz, mit dem man Hauptschülern und -schülerinnen eine Perspektive geben kann.

Der Begleitantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Grünen (A/15/2406-01) zeigt sehr deutlich, welche Schwierigkeiten das Auslaufen aller Hauptschulen verursacht. Die Ergebnisse der Prüfaufträge und Gespräche sind abzuwarten und zu bewerten, bevor weitere schulorganisatorische Maßnahmen ergriffen werden, die die Bildungslandschaft in Oberhausen nachhaltig verändern.
Weitere Begründung erfolgt mündlich.